und Italien. — Die „Post" sagt, bemerkenswerth in der von französischer und russischer Seite zur Chinapolitik abgegebenen Erklärung ist vor Allem die Thatsache, daß beide Mächte nicht nur das Bestehen eines Gegensatzes zwischen der von ihnen befolgten Politik und jener der englisch-japanischen Allianz als nicht gegeben betrachten, sondern sogar ihre Uebereinstimmung mit den wesentlichen Grundsätzen des englisch-japanischen Abkommens bekunden. So rückt also in Ostasien der alte Zweibund keineswegs in eine Kampfstellung gegen den neuen Zweibund ein, sondern er stellt durch seine Erklärung gewissermaßen das Gleichgewicht her, indem er die Identität der von allen vier Mächten befolgten Bestrebungen hervorhebt. — Die „Kreuzzeitung" schreibt: Es wird nun Alles darauf ankommen, ob die Mittel „durch welche die verbündeten Mächte" (Rußland und Frankreich) sich einen Schutz zu sichern bemüht sein werden, einen Charakter annehmen, daß sie den casus belli so deutlich in sich schließen, daß Japan und in seinem Gefolge England damit einen Krieg rechtfertigen können. Verkennen aber läßt sich nicht, daß damit ein Unwetter an jenem ostasiatischen Horizonte aufzusteigen scheint und daß sich zunächst nicht vorhersehen läßt, ob es sich wieder verzieht. Deutschland ist, dank der klugen Haltung, die unsere Politik bei Abschluß des Jangtse-Vertrags einhielt und in den Streitigkeiten über den russisch-japanischen Mandschurei-Vertrag behauptete, in dieser Krisis unter allen Umständen nicht einbegriffen. Welche Bedeutung aber die Revolution in Südchina in diesem Zusammenhange gewinnen kann, entzieht sich aller Berechnung; jedenfalls hat sie an Wichtigkeit erheblich gewonnen. Die Veröffentlichung des „Journal de St. Petersbourg" steht ganz auf der Note der „Agence Havas".

Neueste Drahtmeldungen vom 20. März.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Beide Häuser des Landtags hielten heute Sitzungen ab. Das Abgeordnetenhaus setzte die Berathung der Eisenbahnvorlage fort, ohne sie zu Ende zu bringen. Weiterberathung morgen. — Das Herrenhaus nahm u. A. den Gesetzentwurf betreffend den Erwerb von Bergwerkseigenthum im Oberbergamtsbezirk Dortmund unverändert nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses an. Graf Hoensbroech wünschte für die polnischen Arbeiter im Westen Einrichtung von Gottesdiensten in polnischer Sprache. Minister Möller erwiderte, es liege nicht in der Absicht der Bergwerksverwaltung, dort polnische Arbeiter zu beschäftigen und Kultusminister Dr. Studt wies darauf hin, daß bei den Forderungen der polnischen Arbeiterbevölkerung hinter den religiösen Gründen politische Absichten versteckt seien, denen die Regierung nicht stattgeben könne. Die polnischen Arbeiter verlangten auch schon eingeborene polnische Geistliche. Der Antrag des Grafen Werder auf Herabsetzung des Kohlenkommißstempels wurde angenommen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Sächsische Orden erhielten: die Hauptleute Freiherr Speck v. Sternburg und v. Gelieu im Gardeschützen-Bataillon, sowie Oberleutnant Vogt, Flügeladjutant des Herzogs von Sachsen-Koburg-Gotha, das Ritterkreuz 1. Klasse des Albrechtsordens. Oberpostsekretär a. D. Hertwig zu Freiberg erhielt den Rothen Adler-Orden 4. Klasse.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Entwurf betreffend den Servistarif und den Wohnungsgeldzuschuß ist vom Bundesrath in einem wichtigen Punkte abgeändert worden. Der Bundesrath hat die Einrechnung der Berliner Vororte Charlottenburg, Schöneberg und Wilmersdorf in die Servisklasse A abgelehnt und zwar mit Rücksicht darauf, daß im Fall der Einreihung dieser Orte in die Klasse A verschiedene andere, weit größere Städte, wie Leipzig, Breslau usw., ähnlichen Anspruch erheben könnten, deren Berücksichtigung aber vorläufig im Hinblick auf die Reichsfinanzlage ausgeschlossen sei.

Leipzig. (Priv.-Tel.) Das Ministerium von Reuß j. L. sprach sich heute prinzipiell gegen die im Fürstenthume geplante Feuerbestattung aus.

Zwickau. (Priv.-Tel.) Die Kohlenpreise im Zwickauer Revier werden vom 1. April ab um 6 bis 8 Mark für den Doppelwagen ermäßigt.

Weimar. Der Kronprinz traf mit dem Großherzog von Sachsen 3.27 Uhr Nachmittags von Eisenach hier ein. Die Herrschaften begaben sich durch die prachtig geschmückten Straßen, von zahlreichem Publikum lebhaft begrüßt, nach dem Goethehaus. Abends 6 Uhr 30 Minuten fand im Residenzschloß Galatafel und nach dieser im Hoftheater Galavorstellung statt.

Köln. Die Generalversammlung der Bank für Rheinland und Westfalen genehmigte die beantragte Zusammenlegung der Aktien von 6 auf 5.

Wilhelmshaven. (Priv.-Tel.) Der Kaiser hat der Stations-Yacht „D II" den Namen „Alice Roosevelt" verliehen.

Wien. Das Herrenhaus nahm ohne Debatte das Budgetprovisorium an, nahm gleichfalls ohne Debatte die Verordnung betreffend die Ausnahmebestimmung im Interesse der Renatum, nachdem Ministerpräsident v. Körber sie in bereits aufgenommener kurzer Erklärung begründet hatte.

Paris. Senat. Bei der Berathung des Budgets greift Lamarouille die Regierung wegen ihrer Finanzpolitik heftig an. Redner bespricht dann die internationale finanzielle Lage und legt dar, daß England, Deutschland und die Vereinigten Staaten andauernd fortschreiten, während Frankreich stehen bleibe und sich den Ring ablaufen lasse. Hierbei führt er die Ansicht des russischen Finanzministers Witte aus und liest ein Interview desselben vor, in dem er nachweist, daß Frankreich sich begnüge, seinen Wollstaat mit Titres vollzuptropfen und weder eine Besserung in der Industrie herbeizuführen, noch auch neue Absatzwege zu finden suche, ja sogar sich in militärischer Hinsicht überflügeln lasse. (Bewegung.) Caillaux bemerkt, daß der Finanzminister Witte die ihm zugeschriebenen Worte dementirt habe. Der Vorsitzende der Kommission Magnin erklärt, es sei nicht möglich, daß Herr v. Witte sich so ausgedrückt habe, wie man behauptete, hinsichtlich einer Nation, die seinem Lande 700 Millionen geliehen habe. Was Deutschland angehe, so habe es soeben eine Krisis durchgemacht, wie sie Frankreich noch nicht zu bestehen gehabt habe. (Zustimmung.) Die Generaldebatte wird dann geschlossen. Ohne Debatte wird das Budget des Handelsministeriums angenommen und dann die Berathung des Budgets des Ministeriums des Auswärtigen begonnen. Millaud ersucht den Minister des Auswärtigen anzugeben, wie die Lage hinsichtlich des französisch-russischen Bündnisses sei und wie es mit dem französisch-italienischen Uebereinkommen stehe. Redner spricht hierauf von der Entsendung der Kommission zur Bestimmung der algerisch-marokkanischen Grenze und geht dann auf die Frage hinsichtlich des äußersten Orients über. Er fragt weiter, ob wie die gestrige Note der „Agence Havas" hoffen läßt, Frankreich im äußersten Orient völlig freie Hand haben werde. Redner geht dann zum südafrikanischen Krieg über und fragt, was zu Gunsten der gefangenen Buren auf Ceylon und St. Helena geschehen sei.

Paris. (Priv.-Tel.) Präsident Krüger veröffentlicht im „Matin" eine Erklärung, in der es heißt: „Man tadelt manchmal unsere Großmuth und findet sie übertrieben; aber der Herr spricht: Mein ist die Rache! Man hat behauptet, unsere Republiken seien erobert, wir hätten unser Land verloren. Vor Gottes Auge besteht die Eroberung nicht. Unsere freien Bürger erkennen keinen andern Herrn als ihn, von ihm haben sie ihre Rechte und Freiheiten, und so lange er sie ihnen nicht entzieht, werden sie sie bis zum Tode vertheidigen. Man hat uns den Frieden mit Amnestien und Geldunterstützungen zur Ausgleichung unserer Verluste angeboten, aber um den Preis unserer Unabhängigkeit, als ob dies eine Handelswaare wäre. Nein, alle Schätze der Welt können unsere Freiheit nicht bezahlen. Gott selbst hat sie uns gegeben, und wir können ihr nicht entsagen, ohne Gott zu verleugnen und seinen Fluch zu verdienen.

Paris. (Priv.-Tel.) Hier wird das Erscheinen eines deutschen Wochenblattes unter dem Titel „Pariser Zeitung" vom 1. April angekündigt.

Rom. (Priv.-Tel.) In Barese ordnete die Arbeitskammer heute den Generalstreik an. Als Antwort auf die Erklärung der Grundbesitzer in der Landschaft Tolesine, daß sie ihre Aecker unbebaut lassen würden, schlossen sich nun auch die Viehfütterer dem allgemeinen Streike an und verließen die Ställe. Die Lage ist sehr kritisch; das Streikgebiet wird von Truppen besetzt.

Mailand. (Priv.-Tel.) Amtlich wird bekannt gegeben, daß die Telephonleitung Mailand—Chiasso—Luino Mitte April fertig gestellt sein dürfte und alsdann der Eröffnung der Fernsprechverbindung Italiens mit der Schweiz und Deutschland nichts mehr im Wege steht.

Lissabon. Zwischen zwei Fischerbarken fand gestern bei Nazareth ein Zusammenstoß statt. Elf Fischer sind dabei um's Leben gekommen.

Stockholm. Der König gedenkt am 12. April über Hamburg, Köln und Paris zu mehrwöchentlichem Aufenthalt nach Biarritz abzureisen. Von dort aus wird sich der König nach Ems zur Brunnenkur begeben und auf der Hinreise die Königin in Honnef besuchen. Die Rückkehr des Königs nach Stockholm wird für Anfang Juni erwartet.

Konstantinopel. (Priv.-Tel.) Osman Pascha ist zum Tode verurtheilt, vom Sultan aber zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begnadigt worden.

Newyork. (Priv.-Tel.) Die interessirten Firmen der Fleischexport-Industrie erklären es für unmöglich, das Fleisch ohne Anwendung von Borax genügend zu konserviren. Sie haben an die Regierung der Vereinigten Staaten eine Denkschrift gerichtet, worin diese ersucht wird, bei der deutschen Regierung Einspruch gegen dieses Verbot zu erheben, da es einem vollständigen Verbote der Einfuhr von konservirtem Fleisch gleichkomme.

Frankfurt a. M. (Schluß.) Credit 219,—. Disconto 194,75. Deutsche Bank —,—. Staatsbahn —,—. Lombarden —,—. Laurahütte —,—. Ungar. Gold —,—. Portugiesen —,—. Still.

Paris. (3 Uhr Nachm.) Rente 100,52½. Italiener 100,40. Spanier 78,05. Portugiesen 28,80. Türken 26,50. Türkenlose 118,25. Ottomanbank 666,—. Staatsbahn 725,—. Lombarden —,—. Behauptet.

Paris, Produktenmarkt. Weizen per März 21,65, per Mai-August 22,40, ruhig. Schwach. Mehl per März 85,75, per September-Dezember 38,30, ruhig. Rüböl per März 62, per September-Dezember 61,75, behauptet.

Amsterdam. Produkten-Bericht. Weizen per März —,—, per Mai —,—, geschäftslos. Roggen per März —,—, per Mai —,—, geschäftslos.

Oertliches und Sächsisches.

— Ihre Königl. Hoheit Prinzessin Mathilde besuchte gestern Vormittag die 8. Bezirksschule in der Concordienstraße, wurde von den Herren Königl. Bezirksschulinspektor Schulrath Dr. Prietzel, Stadtrath Fischer, Stadtrath Stein, Stadtschulrath Professor Dr. Luon, Pfarrer Lic. Fiade, Pastor Lic. Schneider und Direktor Grützner begrüßt und nach dem Schulsaale geleitet, und wohnte der Prüfung der Mädchenklasse 1b bei. Darauf besichtigte die Prinzessin die Ausstellung der Zeichnungen und Handarbeiten.

— Se. Majestät der König hat genehmigt, daß der Sächsische Gesandte an den Süddeutschen Höfen, Freiherr v. Friesen, das ihm vom Papste verliehene Großkreuz des St. Gregorius-Ordens annehme und trage. — Diese Auszeichnung gewinnt eine gewisse Bedeutung angesichts der geschmacklosen Kritik, welche die ultramontane „Germania" an der Entsendung des Freiherrn v. Friesen als eines Protestanten zum Jubiläum des Papstes geübt hat.

— Se. Majestät der König hat genehmigt, daß der Kommerzienrath Palmié in Dresden den persischen Sonnen- und Löwenorden 2. Klasse annehme und trage.

— Die Frau Erbprinzeß und Prinzessin Sophie von Schönburg-Waldenburg besuchten gestern das Damenfriseur-Geschäft von Adolf Hachmeister, Johannes-Allee 15 („Cafe König"). Desgleichen beehrte Fürst Schönburg die Moskauer Confiserie von Ludwig Tiede, Struvestraße 3, mit seinem Besuche und bewirkte Einkäufe.

— Der Kaiser hat dem am 1. April in den Ruhestand tretenden Senatspräsidenten Herrn Dr. v. Bombard aus Anlaß seines Ausscheidens aus dem Reichsdienst den Stern zum Rothen Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub verliehen.

— Dem Gemeindevorstand Ed. Hofmann zu Wiesenburg (Amtsh. Zwickau), der eine Frau vom Ertrinken gerettet hat, wurde die Rettungsmedaille verliehen.

— Nach längerem Leiden ist gestern Nachmittag Herr Kommissionsrath Anton Tanner gestorben, dessen Name mit der Entwickelung und Förderung des sächsischen Militärvereinswesens auf das Engste verknüpft ist. Zählte ihn doch auch der Königl. sächsische Militärvereinsbund zu seinem Ehrenpräsidenten. Se. Majestät der König zeichnete wiederholt das Schaffen und Wirken des treuverdienten Mannes aus. Mit großem Geschick verstand er es, die Bundessache nach Innen und Außen zu fördern. In den weitesten Kreisen wird ihm ein ehrendes Andenken gesichert sein.

— Landtag. Gestern hielten beide Kammern Sitzungen ab. Der 42. öffentlichen Sitzung der Ersten Kammer wohnte Se. Königl. Hoheit Prinz Georg bei. — Die Petition des vormaligen Kortiers R. Toepel in Chemnitz um Wiederanstellung im Staatsdienst oder Gewährung um Pension beschließt die Kammer gemäß dem Antrage der 4. Deputation (Berichterstatter Oberbürgermeister Dr. Räubler-Bautzen) auf sich beruhen zu lassen, da Toepel's Entlassung wegen Unbotmäßigkeit gegen die vorgesetzte Behörde erfolgt sei und er eine Pension nicht verlangen könne, weil er nicht dienstunfähig sei. — Zu Titel 54 des außerordentlichen Etats, Herstellung einer normalspurigen Nebenbahn von Wetzenberg nach Radibor, bertritt Rittergutsbesitzer v. Wächter-Rockau: In der Zweiten Kammer haben sei darauf hingewiesen worden, daß von den als erste Rate geforderten 210,000 Mk. noch nicht einmal 100,000 Mk. verwendet worden seien, und der Herr Finanzminister habe das bestätigt. Die Zweite Kammer habe trotzdem zur Beschleunigung des Baues die als zweite Rate geforderten 150,000 Mk. bewilligt. Die Deputation der Ersten Kammer habe dagegen geglaubt, angesichts der gegenwärtigen Finanzlage einen Abstrich von 50,000 Mk. vornehmen zu können, um so mehr als die Regierung gegen einen solchen vorläufigen Abstrich und die Einstellung der Summe in einen späteren Etat nichts einzuwenden habe. Die Kammer beschließt demgemäß einstimmig ohne Debatte. — Zu den Kapiteln 94—101 des Etats, Gymnasien, Seminare, Volksschulen usw., sowie den hierzu eingegangenen Petitionen und den mit den erwähnten Kapiteln zusammenhängenden Titeln 17 und 18 des außerordentlichen Etats, den Um- und Erweiterungsbau beim Seminar zu Aschopau und der Turnlehrer-Bildungsanstalt Dresden betreffend, berichtet Geh. Kommerzienrath Hempel-Thorn Namens der 2. Deputation. Die Anträge der Deputation seien im Großen und Ganzen den Beschlüssen der Zweiten Kammer konform und stimmten demgemäß auch mit der Vorlage überein. Wo Abweichungen vorlägen, seien diese im Einverständniß mit der Regierung vorgenommen worden. Es sei mit Rücksicht auf die wenig günstige Lage der Staatsfinanzen und der wirthschaftlichen Verhältnisse des Landes das Bestreben der Deputation gewesen, alle Maßnahmen zu ergreifen, die ihr zur Vermeidung von Einkommen-Steuerzuschlägen geeignet erschienen. Deshalb habe man insbesondere darauf Bedacht genommen, alle Gehaltserhöhungen, wenn man nicht überhaupt auf deren Ablehnung zukomme, bis zum 1. Juli 1903 zurückzustellen. — Zum Titel Gehalte der Direktoren und Lehrer an den Realschulen, bez. der Rektoren und Lehrer an den Realgymnasien, soweit solche Staatsunterstützung erhalten, bemerkt Oberbürgermeister Keil-Zwickau: Die jetzt vorgeschlagenen Abänderungen der Gehalte werde einen Mehrertrag von 1000 Mk. erfordern, und wenn dann noch die Wohnungsgelder dazu kämen, so würde ein weiterer Aufwand von 10000 Mk. erforderlich sein. Das sei nicht ganz unbedenklich. Auch gegen die Erhöhung der Gehaltsstaffel der wissenschaftlichen Lehrer habe er Bedenken; die bezügliche Vorlage sei erfolgt, ohne daß Wünsche aus den Kreisen der Interessenten laut geworden wären. Er wolle der Regierung an's Herz legen, nunmehr in Bezug auf die Verhältnisse der Gehälter eine gewisse Stetigkeit eintreten zu lassen und weiteren Abänderungen nicht zuzustimmen. Was die Gewährung von Wohnungsgeldern betreffe, so richte er an die 2. Deputation schon jetzt die Bitte, zu beachten, daß die Anpassung der Zuschüsse für Lehrer an städtischen Unterrichtsanstalten an die der Lehrer von staatlichen Schulen wohl erläßlich sei. Wenn den städtischen Lehrern die Wohnungsgelder gewährt würden, dann könnten sie auch den übrigen Beamten nicht gut verwehrt werden. Es sei aber nicht wünschenswerth, daß den Städten eine Form der Gehaltsverbesserung aufgedrängt werde, die sie nicht als im Einklang mit den städtischen Verwaltungen stehend erachten könnten. — Kultusminister Dr. von Seydewitz erinnert den Vorredner daran, daß es auf freier Entschließung Zwickaus beruht habe, daß sein Realgymnasium in städtischer Verwaltung blieb, Zwickau werde jetzt die Konsequenzen dieses freiwillig gefaßten Beschlusses tragen müssen. Was die Gehalts-Erhöhung der Lehrer an staatlich unterstützten Realgymnasien anlange, so habe die Regierung geglaubt, in dieser Beziehung die vorliegenden Vorschläge machen zu müssen, weil sie die ganz bestimmte Ueberzeugung habe, daß, wenn jene Lehrer die erhöhten Gehälter nicht bekämen, man die besten Lehrkräfte an diesen Anstalten nicht werde halten können. Daß die Regierung in der letzten Zeit genöthigt gewesen sei, höhere Gehaltsstaten aufzustellen, sei richtig, sie habe aber geglaubt, damit bestehenden Bedürfnissen Rechnung tragen zu müssen. Er persönlich sei der Ansicht, daß es nur sehr erwünscht sei, wenn man auch auf diesem Gebiete sich jetzt einer gewissen Stetigkeit befleißigen könnte. — Oberbürgermeister Dr. Tröndlin-Leipzig dankt dem Ministerium und dem Kultusminister für das Wohlwollen, das der Stadt Leipzig stets erwiesen worden sei. Der Petition des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins stehe er freundlicher gegenüber als die Deputation, weil es sich hierbei darum handle, die gemäßigte Richtung der frauenrechtlerischen Bestrebungen zu unterstützen. — Kammerherr v. Schönberg-Mockritz bemängelt den Abstrich von 8000 Mk. zur Erhaltung der Klosterruine zum Heiligen Kreuz in Meißen und tritt der Tendenz entgegen, für die Erhaltung derartiger, aus der Vorzeit stammender Denkmäler möglichst nichts zu thun, sondern sie ihrem Schicksale zu überlassen, bis sie verfallen seien. Genau so verhalte es sich mit der Bewilligung von Mitteln zur Erhaltung der Goldenen Pforte in Freiberg. Er hoffe und wünsche, daß in einer der nächsten Budgetvorlagen Ausgaben für dergleichen Zwecke zur Genehmigung vorgeschlagen würden. — Der Berichterstatter meint, dadurch, daß man derartige Arbeiten auf einige Jahre zurückstelle, werde kein großer Schaden entstehen. — Zu Kap. 98 (Volksschulen) erklärt Oberhofprediger D. Ackermann, es lägen jetzt die Berichte der Superintendenten über den Religionsunterricht in den Volksschulen vor. Es sei für das Landeskonsistorium sehr erfreulich, daß diese Berichte auch diesmal recht günstig lauteten. Es gäbe ja einzelne Lehrer, denen die volle Begabung oder auch die innere Antheilnahme abgehe, um den Religionsunterricht ersprießlich zu ertheilen, es beschränkten sich wohl auch manche darauf, den vorgeschriebenen Memorirstoff den Kindern einzuprägen und ihnen das nöthigste Wissen zu vermitteln, ohne damit auf Herz und Willen der Schüler einzuwirken, aber im Großen und Ganzen werde doch der Religionsunterricht in den Volksschulen mit vollem Verständniß für seine hohen Ziele, mit großem Fleiß bei trefflicher Methode, im Geiste der Kirche und auch mit gutem Erfolg ertheilt. Insbesondere werde von den Superintendenten hervorgehoben, daß das eingehende Interesse, welches die Bezirksschulinspektoren der Vertiefung der religiösen Erkenntniß und Gesinnung namentlich bei den jüngeren Lehrern durch Konferenzen usw. widmeten, wesentlich zur Hebung des Religionsunterrichts beigetragen habe. Daß das Ministerium bei Besetzung der wichtigen Stellen der Bezirksschulinspektoren immer eine glückliche Hand gehabt habe, das habe das Konsistorium mit besonderem Danke anzuerkennen, und er spreche die Hoffnung aus, daß die Leitung unserer Volksschulen auch künftighin eine gleichgeartete bleiben möge. Wenn die Kammer der Ueberzeugung sei, daß das Wohl unseres Volkes nur dann gewährleistet sei, wenn die mit dem religiösen Leben unzertrennbar verbundene sittliche Grundlage des Volkslebens erhalten bleibe, so werde sie wohl auch mit dem Landeskonsistorium von dem jetzigen guten Stande des Religionsunterrichts an unseren Volksschulen mit großer Befriedigung Kenntniß nehmen. (Bravo.) — Hierauf werden die einzelnen Kapitel in Uebereinstimmung mit der Zweiten Kammer, bezw. nach der Vorlage, einstimmig angenommen. — Zum Schluß berichtet Kammerherr v. Schönberg-Mockritz über eine für unzulässig erklärte Beschwerde und drei für unzulässig erklärte Petitionen. — Nächste Sitzung heute Mittag 12 Uhr.

Die Zweite Kammer berieth zunächst über Kapitel 101 des ordentlichen Etats für 1902/03, Finanzielles Verhältniß Sachsens zum Reiche. Die Deputation empfahl, das Kapitel nach der Vorlage in den Einnahmen und Ausgaben je mit 12 672 100 Mk. zu genehmigen bezw. zu bewilligen. Der Berichterstatter, Abg. Däbritz-Aischwitz bemerkt dazu, es sei diesmal nicht viel Erfreuliches über dieses Kapitel zu berichten, denn während bisher Zuwendungen vom Reiche an Sachsen stattgefunden hätten, müsse letzteres diesmal herauszahlen, da die Einnahmen vom Reiche nur 41 112 000 Mk. betragen, sich also ein Zuschuß in Höhe von etwa 1½ Mill. Mk. erforderlich mache. Er glaube, daß es hohe Zeit werde, Sachsen finanziell selbstständig zu machen, damit durch eine Reichsfinanzreform der gegenwärtige beängstigende Zustand für die Einzelstaaten aufhöre. Das Land dürfe wohl hoffen, daß die Regierung in dieser Beziehung ihren Vertreter im Bundesrathe instruiren werde. — Abg. Hauffe-Tahlen: Auch er habe den dringlichen Wunsch, das Land durch eine Reichsfinanzreform selbstständig zu machen, da die Ausgaben für das Reich immer mehr gestiegen seien, seit 5 Jahren um rund 10 Mill. Mk. Dies würde nicht so hart berühren, wenn die Einnahmen im Reiche mit der Steigerung der Ausgaben gleichen Schritt gehalten hätten; erstere erforderten jedoch in diesem Jahre ungefähr 3½ bis 4 Mill. Mk. Zuschuß. In sehr kluger Voraussicht habe Sachsen in früheren Jahren einen Reservefonds für Kapitel 101 angelegt, der momentan über 4 Mill. Mk. betrage und aus dem wohl der Zuschuß entnommen werde. Redner ergeht sich hierauf unter Bezugnahme auf Aeußerungen des sächsischen Finanzministers v. Watzdorf, des preußischen Ministers v. Miquel, des Reichstagsabg. Bachem ꝛc. über die Ursachen der Steigerung der Reichsausgaben und äußert ansschließend, er glaube, daß sowohl Bundesrath wie Reichstag die Schuld daran trügen. Man habe in früheren günstigen Jahren ungewöhnlich viel bewilligt. Jetzt hätten sich aber die Verhältnisse so gestaltet, daß man äußerst sparsam sein müsse, und dies zu erreichen, sei eine Reichsfinanzreform der geeignetste Weg. Daß diese Reform dringend nothwendig sei, werde allgemein anerkannt. Die Einnahmen im Reichsetat wiesen dieses Jahr ein Defizit von 65 Mill. Mk. auf und zwar 50 Millionen Ausfall an Zöllen und 15 Millionen Ausfall an den Reichseisenbahneinnahmen ꝛc. Die Steigerung der Einnahmen des Reiches sei überhaupt eine sehr minimale, da diese von 1901 mit 909 Mill. Mk. bis 1902 mit 910 Mill. Mk. nur um 1 Mill. Mk. gestiegen seien. Falls eine Reichsfinanzreform nicht zu Stande komme, müsse auf andere Weise Abhilfe geschehen. Diese finde sich u. A. vielleicht dadurch, daß man das Kapitel 104 in den außerordentlichen Etat aufnehme. Auch könne man zu einer Ergänzungsanleihe verschreiten, oder, wie dies ganz richtig bezeichnet werde, die Pumpwirthschaft einführen. Aus Allem ergebe sich, daß die Matrikularbeiträge nur als ein Nothbehelf angesehen werden könnten. Er habe mit seinen Ausführungen diese hochwichtige Frage anregen wollen, die eigentlich in den Einzellandtagen viel mehr behandelt werden sollte. Zum Schlusse richtet Redner an die Regierung die Bitte, sie möge nichts unversucht lassen, eine bessere Regelung des Verhältnisses Sachsens zum Reiche herbeizuführen, und wenn dies nicht möglich sein sollte, unseren Vertreter im Reichstage anweisen, auf größte Sparsamkeit bei Bewilligung der Reichsausgaben hinzuwirken. — Nachdem Staatsminister Dr. Rüger die bereits im Abendblatte veröffentlichte Erklärung abgegeben hatte, wurde Kapitel 104 den Anträgen der Deputation gemäß genehmigt. — Ueber Kapitel 6, Elsterbad, berichtet Abg. Schieck-Frankenberg. Die Deputation beantragt, die Einnahmen nach der Vorlage mit 295 200 Mk. zu genehmigen, die Ausgaben unter Abminderung von zusammen 6000 Mk. mit 225 600 Mk. zu bewilligen. Die Deputation hat sich u. A. auch mit der Frage beschäftigt, wie die Erträgnisse des Bades zu steigern seien; es ist dabei auch die Frage der Verpachtung desselben angeregt worden, nach den Erklärungen der Regierung hat die Deputation diesen Weg jedoch nicht weiter verfolgt. — Abg. Zeidler-Oberlosa bemerkt, daß man die neue Rohrleitung, die sogenannte Schlange, in anderer Form hätte ausführen können; noch scheine ihm das Logirhaus nicht am rechten Platze zu stehen, da es zu unmittelbar hinter dem Kurhause sich befinde. Außerdem habe es nur kleine Räume, die nicht für Herrschaften geeignet wären. Redner bittet schließlich die Regierung und die Kammer, für das Bad Elster auch ferner das bisherige Wohlwollen zu erhalten. Das Kapitel wird hierauf einstimmig nach den Deputationsanträgen bewilligt. — Zum Schlusse gelangt der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Freilassung der Verstümmelungs- und Kriegszulagen ꝛc. von Steuern und Abgaben zur Schlußberathung. (Berichterstatter Abg. Rittberger, Mitberichterstatter Abg. Gäfe.) Die Deputation hat zu dem Gesetzentwurfe eine größere Anzahl Abänderungen beantragt.